



Rede von

Guido van den Berg MdL

„Rechtsfrieden im Rheinischen Revier“

zur Aktuellen Stunde:

**„Abholzung des Hambacher Waldes verhindern –
Rechtsfrieden im Rheinischen Revier sichern“**

**auf Antrag der Fraktion von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1319**

**am Donnerstag, 30. November 2017
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in Plenarprotokoll 17/15)**

www.guido-vandenberg.de

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Plonsker. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen van den Berg das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, dass ich im Gegensatz zu Frau Kollegin Düker heute Morgen nicht in die Glaskugel geguckt und prognostiziert habe, was andere vielleicht reden mögen.

(**Monika Düker [GRÜNE]:** Bei der CDU hat es ja gestimmt!)

– Aber selbst wenn ich es getan hätte, liebe Monika Düker, hätte ich es nicht für möglich gehalten, heute von Ihnen als jemand beschimpft zu werden, der in der Frage, wer im Hambacher Forst unterwegs ist, nicht differenziert. Ich hätte es auch nicht für möglich gehalten, dass Sie mir an den Kopf werfen, ich würde populistisch verzerrt argumentieren.

(**Martin Börschel [SPD]:** Das ist auch unangemessen!)

Das hätte ich in der Tat nicht für möglich gehalten.

(Beifall von SPD, der CDU und den GRÜNEN –
Arndt Klocke [GRÜNE]: Jetzt ist die Chance, es richtigzustellen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gewalt im Hambacher Forst geht von einer autonomen Szene aus,

(**Helmut Seifen [AfD]:** So ist es!)

von Menschen, die sich gar nicht so sehr um das Thema „Klimaschutz“ kümmern, sondern die unseren Staat und unsere Demokratie prinzipiell ablehnen.

(**Helmut Seifen [AfD]:** Genau so ist es!)

Sie glauben, mit autonomen Gedanken, letztendlich mit Anarchie eine bessere Welt herbeizuführen. Das ist nicht unsere Position, und ich bin sicher, es ist auch nicht die Position der Grünen.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Aber eines muss man deutlich sagen: Leider hat sich die Gewalt selbst nach dem Rodungsstopp noch vermischt. Deswegen habe ich vorhin – liebe Monika Düker, vielleicht hören Sie an der Stelle einmal zu – an mehreren Stellen geklatscht, als Sie sich von der Gewalt distanzieren haben.

(**Monika Düker [GRÜNE]:** Das ist selbstverständlich!)

– Das ist selbstverständlich. Aber selbst nach dem Rodungsstopp sind gestern Kontaktbeamte der Polizei im Wald angegriffen worden,

(**Dietmar Brockes [FDP]:** Unsäglich!)

und zwar aus einer bürgerlichen Mitte heraus. Aus einer bürgerlichen Mitte heraus sind Autonome gekommen und haben einen Kontaktbeamten mit einem Fausthieb traktiert und bespuckt. Danach sind sie wieder in der Gruppe verschwunden.

(Zuruf von **Arndt Klocke** [GRÜNE])

– Herr Klocke, beschäftigen Sie sich mit diesen Dingen. Das ist das Problem, das wir an der Stelle haben.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP –
Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist eine Frechheit!)

Frau Kollegin Plonsker hat aus der „Aachener Zeitung“ zitiert, was im Gerichtssaal stattgefunden hat. Im Gerichtssaal haben Menschen skandiert: Auch Manager haben Adressen, die wir herausfinden. – Ich habe mit dem RWE-Mitarbeiter telefoniert, dem das dort wiederfahren ist. Es war nicht der einzige Spruch, den er sich anhören musste. Er musste sich auch anhören: Ein Baum, ein Strick, ein Schuss ins Genick.

(**Arndt Klocke** [GRÜNE]: Und jetzt mal zum Thema!)

Das war die Situation in einem deutschen Gerichtssaal. Ich finde es richtig, dass die Grünen jede Gelegenheit nutzen – wie heute, das sollten Sie auch weiterhin tun –, sich davon klar zu distanzieren. Sie haben es vorhin in Teilen getan.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Als ich vorhin draußen vor dem Landtag bei den Bergleuten war, haben sie mir ein Flugblatt in die Hand gedrückt,

(Unruhe)

auf dem steht: Sind wir in Deutschland noch ein Rechtsstaat? Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem Antrag der Grünen steht, wir sollten den Rechtsfrieden in der Region sichern. Ich sage sehr deutlich: Der Rechtsfrieden in der Region ist auch dadurch gestört, weil die Menschen das Vertrauen verloren haben, dass Straftaten in dieser Region ordentlich geahndet werden.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, bei den Ende-Gelände-Protesten – wir haben das letzte Woche im Innenausschuss aufgearbeitet, Herr Innenminister, – sind 1.330 Störer in den Tagebau eingedrungen. Die haben zu diesem Zeitpunkt mindestens eine Straftat begangen, nämlich die des Hausfriedensbruchs.

(Zuruf: Genau!)

Von den Störern sind insgesamt neun Personen nach Aachen in die Gefangenensammelstelle gebracht worden; dort gab es mindestens vier Widerstandshandlungen. 140 Personen wurden nach Linnich gebracht, aber es erfolgte keine Identitätsfeststellung über Fingerabdrücke. Was ist stattdessen passiert? Man hat Fotos gemacht und Videos gefertigt, Herr Ministerpräsident.

Ich habe dann mehrfach nachgefragt, und der Innenminister hat sich beschwert, warum ich so viele Fragen im Innenausschuss stelle. Wissen Sie, wie viele der 1.330 Personen identifiziert worden sind? Eine einzige Person bis heute!

(**Helmut Seifen** [AfD]: Genau!)

Dann kann man nicht sagen: „Wir fahren eine Nulltoleranzstrategie“, sondern dann muss man handeln.

(Beifall von der SPD und der AfD – Zuruf von der SPD:
Herr Löttgen, da können Sie ruhig weiterklatschen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Unruhe)

zwei Dinge stören mich an dieser Stelle massiv: Wir erleben auf grüner Seite eine Scheinheiligkeit.

(Unruhe)

Liebe Monika Düker, wahrscheinlich ist es schwer, das zu hören, aber ich muss es noch einmal deutlich sagen: Die grüne Fraktion hat noch vor sechs Monaten in Regierungsverantwortung an der Leitentscheidung des Tagebaus Garzweiler mitgewirkt.

(Unruhe – Zuruf von der CDU: Das ist vergessen!)

Der Entscheidungssatz 1 heißt: „Braunkohlenabbau ist im rheinischen Revier weiterhin erforderlich, dabei bleiben die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach unverändert ...“ Das ist die Politik der Grünen in Regierungsverantwortung.

(Beifall von der SPD und der AfD)

Jetzt sieht es anders aus.

(Zuruf von der CDU: Ach ja!)

So darf man nicht an die Dinge herangehen. Genauso stört mich aber – und das sage ich auch in aller Deutlichkeit – die Scheinheiligkeit der CDU.

(Beifall von der SPD – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben mitbekommen: Sie waren bereit, in der Braunkohle 7 GW abzuschalten. Wir haben gehört, was uns Minister Pinkwart im Innenausschuss erzählt hat, nämlich dass die grünen Pläne zu 12 GW Stromimporten geführt hätten. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ berichtet, Herr Lindner habe auf dem Landesparteitag davor gewarnt, dass es dann echte Strukturbrüche und soziale Verwerfungen geben würde und diese Beschlüsse letztendlich eine Bestandsgarantie für den Pannereaktor in Tihange gewesen wären. Ich zitiere aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“:

„Die Behauptung von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), die Verhandlungen hätten kurz vor dem Abschluss gestanden, sei offenbar seiner ‚Halbdistanz‘ geschuldet – ein feiner Seitenhieb darauf, dass Laschet nicht zum engsten Kreis der Verhandler gehört hatte.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle fest: Die CDU in Nordrhein-Westfalen wäre bereit gewesen, den Braunkohlebergbau in den Verhandlungen mit den Grünen zu opfern. Übersetzt sind das die 7 GW.

Die andere Variante, ist, lieber Herr Laschet, dass Sie in Wahrheit in Berlin gar nichts zu sagen haben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und der AfD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Für die FDP erteile ich Herrn Kollegen Bombis das Wort.

[...]

Präsident André Kuper: Danke, Herr Minister. – Für die SPD erteile ich noch einmal Herrn Kollegen van den Berg das Wort.

(**Guido van den Berg** [SPD] sitzt noch auf seinem Platz.)

– Herr Kollege.

Guido van den Berg (SPD): Entschuldigung. Manchmal geht es schneller, als man denkt. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bleibt dabei: Die CDU in Nordrhein- Westfalen hat entweder keinen Einfluss auf die Bundes-CDU, oder sie hat billigend in Kauf genommen, dass dort am Ende 7 GW standen, Herr Ministerpräsident. Sie wissen, dass das bedeutet hätte, den Stecker im Rheinischen Revier zu ziehen.

(**Ministerpräsident Armin Laschet:** Das war doch noch gar nicht zu Ende verhandelt! Erzähl doch nicht einen solchen Unsinn!)

– Herr Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister hat das im Wirtschaftsausschuss nicht als Unsinn dargestellt. Er hat uns im Wirtschaftsausschuss geschildert, dass zeitweise sogar 9 GW zur Diskussion standen.

(**Josef Hovenjürgen** [CDU]: Herr van den Berg, Sie wissen das besser!)

Er hat uns auch geschildert, dass das Stromimporte in Höhe von 12 GW bedeutet hätte, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von **Ministerpräsident Armin Laschet** –
Josef Hovenjürgen [CDU]: Die von Ihnen geführten Häuser
haben das nicht registriert!)

– Ja, natürlich müssen Sie intern klären, wer jetzt was gemacht hat. Am Schluss haben wir aber in allen Zeitungen gelesen, dass diese 7 GW keinen Streitpunkt dargestellt haben, Herr Generalsekretär. Das war kein Streitpunkt mehr.

(**Josef Hovenjürgen** [CDU]: Das sind SPD-geführte Häuser!)

In der „taz“ war sogar zu lesen – das können Sie ja noch dementieren, Herr Pinkwart –: „Sogar die FDP hielt 5 Gigawatt für definitiv und 2 weitere Gigawatt nach erneuter Prüfung für vielleicht machbar.“

(**Ministerpräsident Armin Laschet**: Das hat uns alles Frau Hendricks vorgegeben!

– **Michael Hübner** [SPD]: Das haben die in den Jamaika-Gesprächen besprochen!
Das meinen Sie doch nicht ernst!)

Das müssen Sie miteinander klären. Ich sage ganz deutlich: Man kann nicht hier sagen, dass man an der Seite der Bergleute steht, während in Berlin etwas anderes herauskommt. Das sagen wir als Sozialdemokraten.

(Beifall von der SPD – **Josef Hovenjürgen** [CDU]: Frau Hendricks!)

– Herr Kollege Hovenjürgen, ich weiß, dass das unangenehm ist.

(**Josef Hovenjürgen** [CDU]: Das waren die Sozialdemokraten, Herr van den Berg!)

Man muss zu Beschlüssen und zu dem, was man dort fabriziert, auch stehen.

(**Michael Hübner** [SPD]: Lautstärke ist kein Argument, Herr Kollege! –
Gegenruf von **Josef Hovenjürgen** [CDU])

Ich würde gerne noch etwas zu dem einstweiligen Beschluss des OVG sagen. Das OVG hat gesagt, wegen der Komplexität des Sachverhalts und zur Vermeidung irreversibler Zustände wolle es die Rodungsarbeiten an dieser Stelle stoppen. Wir als Sozialdemokraten sind sicher, dass sich das Gericht seiner Bedeutung und der Tragweite dieser Entscheidung in alle Richtungen bewusst ist. Wir als Sozialdemokraten halten es daher für richtig, wenn das Gericht bzw. der Senat in angemessener, aber auch überschaubarer Zeit hierüber entscheidet.

Frau Düker, Sie haben eben mehrmals dazwischen gerufen, man solle einmal über den Wald reden. Liebe Frau Düker, niemand im Rheinischen Revier hat Spaß daran, Bäume zu fällen. Niemand im Rheinischen Revier ist mit der Kettensäge unterwegs, weil ihm das Freude macht. Der Bergbau im Rheinischen Revier so organisiert, dass so wenig Land wie irgend möglich in Anspruch genommen wird, um den fortschreitenden Tagebau zu gewährleisten.

(**Bodo Löttgen** [CDU]: So ist es!)

Die aktuelle Rodungsperiode endet im Februar. Ein Ausfall dieser Rodungsperiode würde zwangsläufig zu einem Einbruch der Kohleförderung führen. Das Gebiet, das dieses Jahr gerodet wird, ist der Vorfeldabschnitt, der letztlich im übernächsten Jahr bergbaulich in Anspruch genommen wird. Die zwei Jahre sind bislang immer zwingend genutzt worden, um das Gebiet vollständig zu räumen und dafür zu sorgen, dass zum

einen Kampfmittelbeseitigung und anderes, zum anderen aber auch archäologische Arbeiten – Prospektionen und Grabungen – dort stattfinden können. Der Ausfall der obersten Gewinnungssohle würde somit spätestens in ein, zwei Jahren, also etwas versetzt, zum Stopp der Braunkohleförderung in den tiefsten Sohlen an dieser Stelle führen.

Dann hat Frau Düker mehrfach gesagt, wir sollten auf das Vergleichsangebot des Gerichtes eingehen. Das Vergleichsangebot des Verwaltungsgerichtes in Köln – das weiß jeder, der sich damit beschäftigt hat –, ist bergbautechnisch gar nicht umsetzbar. Der Tagebau Hambach ist 400 m tief, meine Damen und Herren. Es ist völlig undenkbar, dass man dort im Tagebau irgendwelche Inseln stehen lässt, den Tagebau in Schlangenlinien durchführt oder Umfahrungen und Ähnliches macht.

(Beifall von der SPD und der CDU)

Sie wissen, dass Tagebaue Neigungswinkel haben. Am Schluss können Sie so einen Tagebau nicht mehr betreiben. Mich ärgert, dass Sie so tun, als wäre das eine realistische Alternative, und uns als Menschen darstellen, die den Wald nicht schätzen würden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Liebe Frau Düker, ich bin selbst ein Kind der Region. Ich habe im Hambacher Forst einen Teil meiner Kindheit verbracht; ich habe dort gespielt. Ich kenne die Region besser als viele andere, die darüber reden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch nicht vergleichbar!)

Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident: Der Bergbau hat bislang 8.354 ha forstwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen. Unsere Region ist aber auch stolz darauf, dass bislang 8.650 ha neue Waldflächen entstanden sind.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist kein Ersatz! Das wissen Sie auch!)

Dazu gehört meine Heimat um Alt-Kaster herum; dazu gehört der Villerücken, der von den Kölnern mittlerweile als Naherholungsgebiet genutzt wird; dazu gehören die Sophienhöhe und vieles andere mehr.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch etwas ganz anderes!)

– Frau Düker, ich habe den Eindruck, dass Sie das nicht wissen. Denn wenn Garzweiler, Hambach und Inden fertig als Tagebau abgewickelt sind, werden wir im Rheinischen Revier 1.900 ha Wald zusätzlich festgelegt haben. Wir werden Mitte des Jahrhunderts also 19 km² mehr Wald im Rheinischen Revier haben als vorher. Tun Sie also nicht so, als wären wir die Waldfrevler hier im Hause.

(Beifall von der SPD und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass die nächste Woche im Rheinischen Revier – es sitzen auch Bergleute auf der Zuschauertribüne – ein besonderer Zeitpunkt ist. Nächste Woche finden nämlich die Barbarafeiern statt. Die

Heilige Barbara – nur so viel zur Geschichte – stammte aus Nikomedien in Kleinasien und war Ende des 3. Jahrhunderts zum christlichen Glauben übergewechselt.

(Zuruf von **Norwich Rüße** [GRÜNE])

Ihr Vater tolerierte das nicht, lieber Mehrdad Mostofizadeh ...

(**Mehrdad Mostofizadeh** [GRÜNE]: Ich habe nichts gesagt!)

– Entschuldigung.

(**Josef Hovenjürgen** [CDU]: Das war Herr Rüße!
Aber das war auch nicht qualitativ!)

Ihr Vater tolerierte das nicht und hat letztendlich seine Tochter mit dem Schwert gerichtet. Er wurde dann auch bestraft; der Blitzschlag tötete ihn. Ich fand die Worte des Pfarrers Martin Trautner aus Elsdorf, einer Anrainerkommune des Hambacher Forstes, sehr treffend. Er sagte dazu Folgendes:

„Die radikale Vehemenz und die gnadenlose Unerbittlichkeit, mit der Barbaras Vater den christlichen Glauben seiner Tochter bekämpfte, erinnern mich in fataler Weise an die gewalttätigen Übergriffe auf Mitarbeiter im Tagebau Hambach durch Aktivisten und sogenannten Braunkohlewiderstand. Man muss sich seiner Sache schon sehr sicher sein, wenn man in anderen Menschen derart schlimme Feinde sieht, dass man sie an Leib und Leben gefährdet.“

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und der AfD)

Deswegen bin ich froh darüber, dass heute in allen Reden angeklungen ist, dass es keine friedliche Gewalt und auch keine legitimen Straftaten gibt; schließlich geisterte das manchmal in der Öffentlichkeit herum. Ich hoffe, Herr Klocke, dass sich das auch nicht ändern wird.

Mein Appell – auch an die Betriebsräte; einige von ihnen sitzen heute auf Zuschauertribüne – ist ganz klar: Lasst euch trotz dieser Angriffe nicht beirren. Bleibt bei der Gewaltfreiheit. Die Kraft der Argumente muss sich letztlich durchsetzen. – Herzlichen Dank und ein herzliches Glückauf!

(Beifall von der SPD, der CDU und der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr van den Berg. – Für die CDU hat nun der Abgeordnete Schnelle das Wort

* * *